

Hebammenverband
Baden-Württemberg e.V.

www.hebammen-bw.de

17.06.2015

Bericht über das Gespräch mit Ministerin Katrin Altpeter

Stuttgart, 17. Juni 2015. Königin-Olga-Bau (Landtag)

Hebammenmangel in Baden-Württemberg und die alarmierend großen Lücken in der flächendeckenden Versorgung Schwangerer Der Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. (HV-BW) sieht den Beruf der Hebamme und die Frauengesundheit in Gefahr

Teilnehmer:

Katrin Altpeter, Landesministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihres Hauses.

Jutta Eichenauer, Christel Scheichenbauer und Margarete Wetzel vom Vorstand des Hebammenverbandes.

Der eigene Handlungsspielraum des Verbandes ist in dieser drängenden Angelegenheit an seine Grenzen gestoßen. Jetzt muss die Politik aktiv werden. Jutta Eichenauer, 1. Vorsitzende des Hebammenverbands Baden-Württemberg, hat Katrin Altpeter, die als Landesministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren im Kabinett Kretschmann zuständig für die Belange der Hebammen und für die Frauengesundheit ist, um ein Gespräch gebeten.

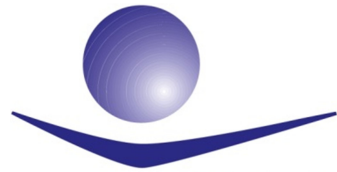
Das Gespräch war ein wichtiger Meilenstein in den Bemühungen des HV-BW um politische Unterstützung für den Kampf um den Erhalt der Hebammenversorgung. Der HBW hat die Ministerin umfassend darüber informiert, wie weit der Hebammenmangel in Baden-Württemberg bereits fortgeschritten ist und alarmierend große Lücken in der flächendeckenden Versorgung von Schwangeren aufgerissen hat.

Jutta Eichenauer und ihr Team machten deutlich, dass die Zeit des Stillschweigens für sie vorbei ist. Das Problem ist schon zu lange mit Zurückhaltung behandelt worden. Doch als Verband sehen sie sich in der Verantwortung, Forderungen aufzustellen und sich nicht durch eine Verhaltensetikette für Bittsteller ausbremsen zu lassen. Es muss endlich etwas geschehen, schließlich ist nicht weniger als die Volksgesundheit in Gefahr. Und das fällt ganz eindeutig in den Aufgabenbereich der Politik.

Ministerin Altpeter ist für die Hebammen in Baden-Württemberg als landespolitische Vertreterin die nächste Instanz auf dem Weg zur Bundespolitik. Als gewählte Ministerin ist sie das Sprachrohr. In dieser Funktion hat der HBW ihr die Aufgabe übertragen, die Probleme in die Bundespolitik einzubringen und nach Lösungen zu suchen. Wenn das Problem nicht schnell in Angriff genommen wird, könnte es zu spät sein, bis es beim Bund angekommen ist.

Zu betonen ist, dass es nicht nötig war, Forderungen aufzustellen. Ministerin Altpeter hat sich als sehr engagiert gezeigt. Sie teilt die Sorge und sieht auch den Zeitdruck.

Seite 1 von 3



„Die Ursache für den Hebammenschwund spiegelt sich in allen Bereichen unserer Arbeit.“ (Jutta Eichenauer)

Jutta Eichenauer hat einen Basisreport über die Situation der Hebammen in Baden-Württemberg zusammengestellt (anbei). Die wichtigsten Punkte davon hat sie in ihrem Bericht für Ministerin Altpeter zusammengefasst.

Die drastischen Folgen des Hebammenschwunds zeigte sie anhand der aktuellen Situation im Bruchsaler Krankenhaus und im Schwarzwald-Baar-Klinikum (Villingen-Schwenningen) auf. In Bruchsal musste der Kreißaalbetrieb wegen Unterbesetzung aus Sicherheitsgründen auf die Zeit zwischen 7 und 17 Uhr eingeschränkt werden. Für Geburten, die mutmaßlich außerhalb dieser Kernzeit ablaufen, werden die Frauen in umliegende Krankenhäuser geschickt. Das ist zwar eine Übergangslösung, denn im Juli kann der reguläre Betrieb wieder aufgenommen werden, aber es zeigt ganz deutlich, worin die Gefahren bestehen: zu solchen Engpässen kann es mittlerweile jederzeit und überall kommen.

Das Schwarzwald-Baar-Klinikum arbeitet noch immer mit 19 Planstellen, obwohl die Geburtenzahl seit gut einem Jahr von 1400 auf 2000 Geburt pro Jahr angestiegen ist. Von diesen 19 Planstellen sind 3 noch immer nicht besetzt. Und fast alle Teilzeitkräfte sind am Rande ihrer Kräfte.

„Wir Hebammen sind kein Schmuseverein. Unsere Arbeit erschöpft sich nicht in Schwangerschafts- oder Rückbildungsgymnastik und im Händchenhalten. Wir sind für einen existenziellen Abschnitt in der Gesundheitsvorsorge zuständig. Und damit ist laut WHO sowohl die psychische als auch die physische Gesundheit gemeint“, so Jutta Eichenauer, die es mittlerweile leid ist, dass Hebammen nicht in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe wahr- und ernstgenommen werden.

Die Vorsitzende hat weiter die Folge von überlasteten Kliniken geschildert. Wie in einem Schneeballsystem verlagert sich der Brennpunkt auf die nächste Ebene. Die Frauen werden noch früher aus den Kliniken entlassen. Sie sind dann auf die freiberuflichen Hebammen angewiesen, bei denen ebenfalls großer Mangel herrscht. Hier gibt es in Baden-Württemberg schon keine flächendeckende Versorgung mehr. Frauen, die nicht kontinuierlich versorgt werden, werden vielleicht nach vier Monaten auffällig – und dann verschiebt sich das Problem in das Programm der Frühen Hilfen der Familienhebammen. Doch auch hier herrscht Mangel und enorme Überlastung bei gleichzeitiger Unterbezahlung. Die desolante Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen ist ein eigenes Thema mit politischer Brisanz.

Folgeschwerer Mangel

Nach Aussagen von Klinikärzten zeichnet sich mittlerweile ab, dass die fehlende Kontinuität in der Versorgung vermehrt zu Wiederaufnahmen in den Kliniken z. B. wegen Neugeborenen-Gelbsucht führt. Diese Tendenz beobachtet u. a. ein Oberarzt der Neonatologie des Olgahospitals Stuttgart seit sich der Hebammenmangel immer mehr zuspitzt und sieht die Analogie beider Phänomene.

Eine andere Kollegin hat gleichermaßen analoge Vorgänge beobachtet: weil zu wenig Hebammen die Wöchnerinnen engmaschig betreuen können, kommt es zu mehr Blutungskomplikationen im Wochenbett, die sich ankündigende Symptome werden nicht mehr rechtzeitig bemerkt und entsprechende Maßnahmen können nicht ergriffen werden.

Unterstützung zugesagt

Ministerin Altpeter war dankbar für diese intensive Darstellung, denn wie alarmierend die Situation bereits ist, war ihr bisher nicht zugetragen worden. Aufgrund der Verwaltungshoheit der Kliniken dringen dergleichen Informationen nicht immer zur den Politikern durch und auch eine politische Einflussnahme sei nicht möglich, so die Ministerin. Die Aufgaben wären hier vom Grundsatz her verteilt. Allerdings musste die Ministerin einräumen, dass die Lage, wie sie sich mittlerweile darstelle, nicht mehr nur ein Verwaltungsthema sei.

Resolution in Aussicht, Fachtag in Planung

Die Ministerin sagte ihre Hilfe zu. Sie nehme die Informationen mit in die Gesundheitsministerkonferenz der Länder 2015 in Rheinland-Pfalz (24.-25.06.2015) in Bad Dürkheim. Hier wird sie die Probleme mit ihren 15 Kolleginnen und Kollegen besprechen. Sie werden sich darüber austauschen, wie es in anderen Bundesländern aussieht – und entsprechend reagieren. Mit ihrer Bayerischen Kollegin stehe sie in engem Kontakt und wisse, dass sich auch hier der Hebammenmangel bereits regional auswirkt.

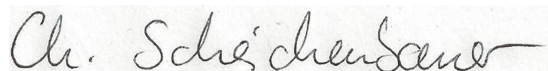
In Aussicht steht eine Resolution zu diesem Thema, die von der Gesundheitsministerkonferenz verabschiedet werden könnte.

Darüber hinaus äußerte die Ministerin im Gespräch die Idee, für Baden-Württemberg einen Fachtag mit Akteuren der Gesundheitsversorgung einschließlich der Kommunalvertreter ins Leben zu rufen. Das Projekt nimmt bereits konkrete Züge an. Erste Referatsmitarbeiter hat die Ministerin bereits beauftragt, weitere aus verschiedenen anderen Referaten werden noch eingebunden.

Für Fragen und weitere Detail-Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.



Jutta Eichenauer, 1.Vorsitzende



Christel Scheichenbauer, 2.Vorsitzende

und Margarete Wetzel, Familienhebammenbeauftragte